

15. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG  
93. Sitzung, Mittwoch, 19. März 2014

**TOP 1**  
**Grün-Rot lässt Straßenbau  
im Land ausbluten!**

Rede von  
**Nicole Razavi MdL**  
Verkehrspolitische Sprecherin CDU-Landtagsfraktion

*Es gilt das gesprochene Wort*

**Abg. Nicole Razavi CDU:** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Pleiten, Pech und Pannen, Tricksen, Täuschen, Tarnen, nehmen Sie es, wie Sie es wollen! Es passt immer. Heute lesen wir in der „Südwestpresse“, Ministerpräsident Kretschmann will neue Pannen verhindern. – Das zeigt zumindest, dass der Ministerpräsident erkannt und eingeräumt hat, dass dies eine echte Panne war. 100 Millionen € Geld für den Straßenbau in den Wind zu schlagen, nicht zu verbauen, zurückzugeben und es für andere Länder zur Verfügung zu stellen, ist ein Skandal ersten Ranges. Das ist grob fahrlässig. Das ist weit mehr als nur peinlich, wie es die SPD ausdrückt.

Das, meine Damen und Herren, gab es in diesem Land noch nie, und der Aufschrei geht durchs ganze Land. Ob kommunale Straßen, ob Landesstraßen, ob Bundesfernstraßen, die Regierung untergräbt den Straßenbau. Sie lässt ihn ausbluten. Sie dreht Zug um Zug den Geldhahn zu. Und es geht in dieser Landesregierung eine neue Angst um, die heißt: Bund beglückt Land mit Geldsegen.

Hier versagt der Verkehrsminister, hier versagt die komplette Landesregierung, und hier versagt auch der Ministerpräsident. Sie planen nicht, Sie kämpfen nicht um Geld, und Sie bauen nicht. Ihre Prioritätenliste – das sagt uns das Bundesverkehrsministerium – ist wertlos, weil sie nach anderen Kriterien bemessen wurde, nicht nach denen, die der Bund vorgibt. Diese Politik schadet den Menschen, sie schadet dem Land, und sie schadet unserem Wirtschaftsstandort.

Was steckt dahinter? Ist es Unvermögen, oder ist es Verweigerung? Ich sage: Es ist beides. Die Behauptung, die CDU hätte die 100 Millionen erfunden, sie seien blanke Spekulation, und der Bund sei an allem schuld, stimmt einfach nicht.

Denn die Fakten liegen schwarz auf weiß auf den Tischen. Die Summe ist doch ganz einfach nachzurechnen - man muss eigentlich nur drei Zahlen zusammenzählen. Es geht um reguläre Mittel und um Ausgleichsmittel, die nicht genutzt wurden. Woher wissen wir das? Wir reden mit dem Bundesverkehrsministerium – im Gegensatz zu Ihnen. Die neue Staatssekretärin Frau Bär schreibt uns – ich zitiere –:

„Im Gegensatz zu den Vorjahren, in denen dem Land über den Verfügungsrahmen hinaus zusätzliche Mittel aus dem Bundeshaushalt für Bundesfernstraßenbau und Investitionen bereitgestellt werden konnten, lagen die Investausgaben in 2013 um rund 26 Millionen € unter den Sollansätzen.“

Zur Verfügung standen 701 Millionen €, ausgegeben wurden nur 675. Dazu kommt eine in 2013 vorgezogene Tilgungsrate der privat vorfinanzierten B 31 – Ortsumfahrung Freiburg-Eustin – in Höhe von 25 Millionen €. Ansonsten wäre der Betrag der nicht verausgabten Investitionsmittel in Baden-Württemberg noch höher ausgefallen, nämlich 51 Millionen €.

Jetzt zu den Ausgleichsmitteln des Bundes, den so-geannten Swingmitteln. Der Bund sagt, der Verteilung dieser Mittel gehen zunächst immer Bedarfsabfragen bei den Ländern voraus. Im Gegensatz zu den Vorjahren, in denen dem Land Baden-Württemberg über den Verfügungsrahmen hinaus im Rahmen des Mittelausgleichs zusätzliche Mittel in der Größenordnung von 50 bis 80 Millionen € aus dem Bundeshaushalt bereitgestellt werden konnten – und jetzt zuhören! – meldete das Land hierfür im Jahr 2013 keinen Bedarf an.

Ich wiederhole es noch einmal: meldete Baden-Württemberg keinen Bedarf an. Die Zahlen haben bei den Menschen im Land großen Unmut ausgelöst und bei der Landesregierung Panik. Sie haben in den letzten Tagen mit großem Aktionismus, großer Nervosität versucht, sich zu rechtfertigen und herauszureden. Schuld sind immer die anderen. Aber der Ministerpräsident muss sich an seinen eigenen Worten messen lassen. Er hat gesagt – ich zitiere –:

„Wenn der Bund mehr Geld zur Verfügung stellt, wird man auch früher und mehr bauen. Das ist doch logisch.“

Das, Herr Ministerpräsident, ist jetzt Makulatur.

Der Ministerpräsident, der Verkehrsminister, die gesamte Landesregierung verstricken sich hemmungslos in Widersprüche. Was Sie uns vorspielen, ist mittlerweile absurdes Theater. Sie beklagen auf der einen Seite die Unterfinanzierung durch den Bund. Auch hier im Parlament sagt Minister Hermann am 27. Februar letzten Jahres: Kennzeichnend über all die Jahre ist eine Unterfinanzierung. Wir haben einen immensen Bedarf und zu wenig Mittel. – Jetzt sind Sie nicht in der Lage, die angeblich viel zu geringen Mittel zu verbauen. In 2013 stockt der Bund die Mittel auf. Alle Länder kämpfen um ihren Anteil, nur eines nicht: Baden-Württemberg.

Wir müssen vom Bund gezwungen werden, vier neue Maßnahmen zu beginnen, übrigens die ersten Neubeginne, seit Sie an der Regierung sind. Auch dies hat es noch nie gegeben. Sie, Herr Minister, sagen, Sie könnten gar keinen Straßenbau verhindern, weil der Bund ansagt: Jetzt wird gebaut. – Zum Glück ist das so. Aber Sie wollten sich einfach nicht noch einmal zwingen lassen. Deswegen haben Sie vorgesorgt und keinen Bedarf angemeldet.

Zweitens haben Sie die Verwaltung durch Personalabbau so geschwächt, dass sie gar nicht mehr bauen und planen kann. Das, meine Damen und Herren, hat Methode.

Dann sagen Sie ganz einfach: Die Vorgängerregierung ist an allem schuld. – Das ist mal etwas ganz anderes, etwas ganz Neues, immerhin nach drei Jahren Ihrer Regierungszeit. Wir hätten das Personal abgebaut. Aber wie kann das sein? Sie sind doch die Ersten, die das Geld nicht verbauen können und es zurückgeben. Sie haben 2011 90 Stellen abgebaut und dafür an anderer Stelle mindestens 180 geschaffen. Was soll die Forderung nach mehr Geld, wenn Sie gleichzeitig Personal abbauen? Meine Damen und Herren, das ist eine eiskalte Strategie.

Heute lesen wir etwas anderes in der Zeitung. Der Personalabbau passt nicht mehr zur Erklärung; man hat wohl gemerkt, dass das unlogisch ist. Jetzt ist es nicht mehr der Personalabbau, sondern der Bund. Finanzminister Schmid sagt: Das Land habe alles getan, der Bund sei schuld. Der hätte die Anträge des MVI abgelehnt. Es läge auch gar kein Personalmangel vor. – Was denn jetzt? Gestern war es noch der Personalmangel, heute schon nicht mehr.

Ich zitiere Minister Schmid in der „Südwestpresse“:

„Er hat sich bemüht, aber der Bund hat uns nicht gegeben, was wir gefordert haben.“

Tatsache ist, Sie haben es nicht gefordert. Ich kann nur davon ausgehen, Herr Schmid, dass der Verkehrsminister Ihnen einen ordentlichen Bären aufbindet.

Und was sagt der Ministerpräsident heute in der „Südwestpresse“:

„Der Ideologieverdacht ist absurd. Wir stehen zu Unrecht in der Kritik. Schuld sind komplexe Umstände, fehlende Bauvorhaben.“

Was soll das denn? Heißt das etwa, Bayern und Berlin kommen mit diesen komplexen Umständen zurecht, aber wir in Baden-Württemberg nicht mehr?

Ich kann nur sagen, das, was Sie über das Personal in der Straßenbauverwaltung an Vorwürfen ausschütten, ist schlicht und ergreifend unhaltbar. Stattdessen profitieren andere von unserem Geld. „Spiegel online“ berichtet am 8. März:

„Wer hat, dem wird gegeben: Hunderte Millionen Euro an Bundesmitteln für Fernstraßen, die größtenteils arme Länder nicht verbauten, wurden an reichere umverteilt.“

Zuvor hieß es dort: „Bayern profitiert von Armut anderer Länder“ – und zwar mit einem Plus 140 Millionen €.“

Das heißt, wir sind erstens mittlerweile also ein armes Land, und zweitens leisten wir jetzt einen Länderfinanzausgleich an Bayern. So stelle ich mir die Politik in Baden-Württemberg, Herr Ministerpräsident, nicht vor.

Herr Kollege Haußmann hat das Beispiel Wertheim schon erwähnt. Dazu wäre noch viel zu sagen – viel-leicht an anderer Stelle. Ich schließe mit einem Lieblingszitat von Erich Honecker, das hat schon der gewusst:  
„Es ist nichts so fein gesponnen, es kommt doch ans Licht der Sonnen.“

Sie wollen keine Straßen bauen. Aber das darf nicht sein, und das Land hat es gemerkt.

## **2. Teil der Plenarrede von Nicole Razavi**

### **Abg. Nicole Razavi CDU:**

Herr Minister, ehrlich gesagt, Ihre Reden werden für mich und für uns zunehmend unerträglich. Das Schöne ist: Je länger Sie reden, desto absurder wird das Ganze. Das Schlimme ist, dass Sie auch noch glauben, was Sie sagen. Das Positive ist aber, dass dies immer weniger Menschen in diesem Land tun.

Ich zitiere aus dem Brief des bayerischen Verkehrsministers und Innenministers vom 28. Februar 2014, also vor wenigen Tagen, an den OB von Wertheim:

„Voraussetzung“ [für einen Baubeginn (Vollständiger Ausbau der A3) wie geplant 2014] „wäre eine Freigabe des Baubeginns und die Übertragung der Haushaltsmittel durch Baden-Württemberg in 2013 gewesen, was beides nicht erfolgt ist. Es – also Baden-Württemberg –hält nach wie vor an seiner landeseigenen Priorisierung der Bedarfsplanprojekte fest, wonach nicht vor 2017 begonnen werden soll.“

Da ergänze ich: Hierzu muss man wissen, dass der Planfeststellungsbeschluss für diese 6 km im Jahr 2017 verfällt. Da frage ich mich schon, Herr Minister: Wie kommt es denn, dass Sie dann in Ihrer so hoch gelobten Priorisierungsliste gerade diese Maßnahme ganz weit

hinten mit Baubeginn frühestens 2017 einstufen? Da kann ich nur sagen: Nachtigall, ick hör dir trapsen. Sie spekulieren darauf, dass dieser Planfeststellungsbeschluss verfällt.

Klar ist auch, dass vereinbart ist, dass die Bauverwaltung in Bayern plant und baut. Das heißt, für diesen 6 km langen Abschnitt in Baden-Württemberg hätten wir nicht einmal Personal gebraucht. Der Herr Minister hätte nur in Berlin den Finger heben müssen und sagen müssen: Au ja, ich nehme das Geld, die 60 Millionen €, gebe dieses Geld den Bayern, wie es vereinbart war, und die hätten in diesem Jahr anfangen können, zu bauen. Allein an diesem Beispiel, Herr Minister, wird deutlich, welche Strategie Sie fahren und dass alles, was Sie tun, Methode hat. Das, was Sie hier vorn erzählen, ist nicht nur absurd, sondern das ist schlicht und ergreifend falsch.

Jetzt noch ein Aspekt zu der Behauptung, Sie würden – das ist fast schon Hohn – als der Minister des Landes in die Geschichte eingehen, der am meisten Straßenbaumittel ausgibt.

Kommunaler Straßenbau: mutwillig reduzierte Mittel. 36 Millionen € bleiben in den Regierungspräsidien liegen, weil keine anderen Maßnahmen begonnen werden können. Landesstraßenbau: Der Maßnahmenplan wird reduziert auf einen Finanzierungsplan. Sie beschränken die Mittel künstlich auf 400 Millionen € für zehn Jahre, also 40 Millionen € pro Jahr, und packen da genau das hinein, was Sie in dieser Zeit bauen können. Das nenne ich „künstlich verarmt“.

Im Bundesfernstraßenbau machen Sie genau das Gleiche. Erzählen Sie uns also keine solchen Märchen. Die kann keiner mehr hören, die will keiner mehr hören, und das glaubt auch niemand mehr.